



# EXPOSÉ zum DISSERTATIONSVORHABEN

Arbeitstitel der Dissertation

„Das Dürfen und Können der Bewertungskommission im  
Vergaberecht“

Verfasser

Mag. iur. Mag. phil. fac. theol. Normann Schwarz

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur)

Wien, 14.04.2016

Dissertationsfach:

Verwaltungsrecht

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 083 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:

Rechtswissenschaften, Verwaltungsrecht

Betreuerin / Betreuer:

o. Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher

## **1. Einleitung**

Körperschaften des Öffentlichen Rechts im weiteren Sinne (Öffentliche Auftraggeber, im Folgenden „Auftraggeber“) unterliegen dem Vergaberecht, das auf Richtlinien der Europäischen Union basiert. Durch das Vergaberecht soll die öffentliche Beschaffung vor allem transparent, fair sowie kostengünstig durchgeführt werden. Der EuGH spricht in diesem Zusammenhang von einer Hemmnisbeseitigung für den europäischen Dienstleistungs- und Warenverkehr sowie davon, dass sich der Auftraggeber mit Hilfe des Vergaberechts nicht von anderen als von wirtschaftlichen Überlegungen leiten lässt und damit ein effizienter Einsatz öffentlicher Gelder durch sachlich gerechtfertigte Gründe sichergestellt ist.<sup>1</sup>

Dazu hat beispielsweise der österreichische Auftraggeber ein aufwändiges und im Bundesvergabegesetz 2006 (BvergG) komplex geregeltes Vergabeverfahren durchzuführen. Nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Vergabeverfahrens und Ablauf der Angebotsfrist sind die eingelangten Angebote vom Auftraggeber zu prüfen und anhand der festgelegten Zuschlagskriterien zu bewerten. Viele Auftraggeber setzen zur Angebotsbewertung eine eigene Bewertungskommission ein.

Obwohl das Vergaberecht (im Besonderen das österreichische Vergaberecht) ein äußerst formalistisches Rechtsgebiet ist, ist die einschlägige gesetzliche Bestimmung (§ 12 BVerG) zur Bewertungskommission weitgehend unbestimmt. Eine Folge der unpräzisen Gesetzeslage ist Rechtsunsicherheit sowohl beim Auftraggeber als auch bei Bietern.

Wesentliches Ziel der Arbeit ist eine fundierte akademische Untersuchung der wesentlichen Problemfelder und vergaberechtlich unzureichenden Bestimmungen die Bewertungskommission betreffend. Die Arbeit versucht damit ein möglichst scharfes Bild der Bewertungskommission zu zeichnen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Vergaberechts leisten.

## **2. Kern und Forschungsthema der Dissertation**

Eingelangte Angebote eines Vergabeverfahrens müssen vom Auftraggeber einer formalen Prüfung und inhaltlichen Bewertung unterzogen werden.

---

<sup>1</sup> EuGH, 03.10.2000. Rs C-380/98. Rz 16 f. SCHLUSSANTRÄGE DES GENERALANWALTS JACOBS vom 10.05.2001, Rs C-19/00, RZ 33.

Immer öfter werden dazu – für jede Ausschreibung neu – eigene Prüf- und Bewertungskommissionen beim Auftraggeber installiert. Zentrale Aufgabe der Bewertungskommission ist die inhaltliche Bewertung der Angebote und damit die Reihung der Angebote oder anders ausgedrückt: Ermittlung des am besten geeigneten Angebots.

Obwohl der Bewertungskommission die zentrale Aufgabe bei der Auftragsvergabe, nämlich die Ermittlung des Zuschlagsempfängers, zukommt, sind deren Befugnisse, Handlungsspielräume sowie Pflichten nicht bzw. unzureichend positivrechtlich festgelegt. Die einschlägige Rechtsgrundlage im österreichischen Vergaberecht bildet § 122 BVergG:

*„Die Prüfung und Beurteilung eines Angebotes ist nur solchen Personen zu übertragen, welche die fachlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Erforderlichenfalls sind unbefangene und von den Bietern unabhängige Sachverständige beizuziehen.“*

Dass § 122 BVergG unzureichend ist, zeigt die Rechtsprechung der Vergabekontrollbehörden, welches unrechtes Verhalten im Umfeld der Bewertungskommission mit Aufhebung und Nichtigkeit der Vergabeverfahren geahndet hat. Die praktische Relevanz der Bewertungskommission sowie die unklare gesetzliche Regelung haben zu Rechtsunsicherheiten im Vergabewesen geführt.

Das zentrale Forschungsanliegen der Arbeit, nämlich eine möglichst präzise Darstellung der Bewertungskommission, zersplittert sich in eine Vielzahl kleinerer rechtstheoretischer sowie praxisbezogener Forschungsfragen bzw. Problemstellungen. Um einige der zu behandelnden Forschungsbereiche zu verdeutlichen, wird im Folgenden eine beispielhafte Auswahl dargestellt:

Welcher Rechtsnatur ist die Bewertungskommission, da sie einerseits von einer Körperschaft Öffentlichen Rechts eingesetzt ist, aber in der Privatwirtschaftsverwaltung tätig wird?

§ 122 BVergG bestimmt, dass die Angebotsprüfung nur solchen Personen zu übertragen ist, welche die fachlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Bedeutet dies eine Gleichsetzung mit dem Sachverständigenbegriff des § 1299 ABGB?

Im Zuge der Bewertung können der Bewertungskommission derart schwere Fehler unterlaufen, dass beispielsweise der rechtmäßige Zuschlagsempfänger nicht den

Zuschlag bekommt. Implizieren gravierende Fehler der Bewertungskommission eine persönliche Haftung der Bewertungscommissionsmitglieder?

Die Bewertung muss neutral nach fachlichen Aspekten erfolgen. Wie ist das bestehende Spannungsfeld zum Weisungsrecht des Auftraggebers an beamtete Commissionsmitglieder aufzulösen?

Einer der wesentlichen Grundsätze des Vergaberechts ist Transparenz. Dabei ergeben sich Schwierigkeiten welches Maß an Transparenz im Bereich der Bewertungskommission ausreichend/notwendig bzw. noch vertretbar oder schon überschießend ist. Beispielsweise eröffnet sich mit der Bekanntgabe der Namen der Commissionsmitglieder die Möglichkeit zur unerwünschten Kontaktaufnahme und Intervention durch Bieter und damit Befangenheit oder gar korruptionsrechtlicher Straftatbestände.

Hat die Ernennung der Commissionsmitglieder durch einen nach außen hin sichtbaren Formalakt des Auftraggebers zu erfolgen und sind die ernannten Commissionsmitglieder im laufenden Verfahren austauschbar? Wenn die Austauschbarkeit eines Mitglieds befürwortet wird, entsteht die Frage, wie das nachfolgende Commissionsmitglied denselben Bewertungsmaßstab seines Vorgängers wahren kann, um die Angebotsbewertung kohärent fortzuführen.

Inwieweit kann ein Bieter die Zusammensetzung der Bewertungskommission beispielsweise wegen Befangenheit eines Mitglieds bekämpfen?

Wer legt das Stimmquorum der Bewertungskommission fest und muss dieses zwingend die Einstimmigkeit sein?

Die Bewertungskommission hat die Angebote neutral und soweit als möglich objektiv zu bewerten. Gerade bei subjektiven Bewertungskriterien gibt es keinen objektivierbaren Bewertungsmaßstab. Wo beginnt und endet der Ermessensspielraum der Commissionsmitglieder bei subjektiven Bewertungskriterien, ohne dass die Bewertung willkürlich ist.

Wo liegen die absoluten Grenzen der Befugnisse der Commissionsmitglieder? Muss die Bewertung der Kommission im Lichte der Transparenz bestimmten Dokumentationsanforderungen genügen? Wie detailliert muss die Begründung der Bewertung sein?

### **3. Methodik**

Um die Problemstellungen bestmöglich und effizient lösen zu können, bildet den Ausgangspunkt der Untersuchung die Analyse der zentralen Norm § 122 BVergG unter Anwendung der klassischen Interpretationsmethoden; insbesondere sollen die Interessen und Wertungen des Gesetzgebers durch Untersuchung der Materialien nachvollzogen werden. Ebenso sollen die grundlegenden Bestimmungen der europäischen Vergaberichtlinien samt Materialien analysiert und um Deutungsansätze aus dem aktuellen Stand der Forschung ergänzt werden. Damit sollte in einem ersten Schritt eine Grundlage für die weiteren Untersuchungen geschaffen worden sein.

Darauf aufbauend werden die Grundsätze des primärrechtlichen Vergaberechts (Gleichbehandlungsgrundsatz, Transparenzgrundsatz, Grundsätze des AEUV, ...) dahingehend untersucht, inwieweit sich daraus fruchtbare Lösungsansätze ableiten lassen.

Ergänzend wird die einschlägig ergangene Judikatur der Vergabekontrollbehörden daraufhin analysiert, ob Grundsätze und Tendenzen ableitbar sind, welche eine Präzisierung der Fragen im Umfeld der Bewertungskommission ermöglichen. Damit soll auch der Praxisbezug einiger Forschungsfragen hervorgehoben werden.

Abschließend soll untersucht werden, ob in der Bundesrepublik Deutschland gesetzliche Bestimmungen zur Bewertungskommission vorhanden sind bzw. wie das deutsche Recht mit dieser Thematik umgeht und ob die allenfalls vorhandenen Lösungen für das österreichische Recht fruchtbar gemacht werden können.

## **4. Grober Aufbau der Dissertation**

### **I VORWORT UND DANKSAGUNG**

### **II INHALTSVERZEICHNIS**

### **III ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS**

#### **KAPITEL - 1 ALLGEMEINES**

- 1.1 HINFÜHRUNG ZUM THEMA
- 1.2 KERNTHEMA DER ARBEIT
- 1.3 VORGEHENSWEISE
- 1.4 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN UND -KLARSTELLUNGEN

#### **KAPITEL - 2 GRUNDZÜGE DES VERGABERECHTS**

- 2.1 ENTSTEHUNG DES VERGABERECHTS
- 2.2 ZIEL UND ZWECK DES VERGABERECHTS
- 2.3 DER AUFTRAGGEBER ALS HERR DES VERGABEVERFAHRENS
- 2.4 GRUNDPRINZIPIEN DES VERGABERECHTS
- 2.5 PRÄKLUSION - BESTANDFESTIGKEIT

#### **KAPITEL - 3 DIE BEWERTUNGSKOMMISSION**

- 3.1 WESEN DER BEWERTUNGSKOMMISSION
  - 3.1.1 Zweck der Bewertungskommission
  - 3.1.2 Abgrenzung von anderen Kommissionen
  - 3.1.3 Wesentliche Aufgaben der Bewertungskommission
  - 3.1.4 Wesentliche Pflichten der Bewertungskommission
- 3.2 GESETZLICHE ERFORDERNISSE DER BEWERTUNGSKOMMISSION
  - 3.2.1 Historische Entwicklung von § 122 BVergG
  - 3.2.2 Gesetzliche Anforderungen an die Mitglieder Bewertungskommission
  - 3.2.3 Unabhängigkeit des Sachverständigen / der Bewertungskommission
  - 3.2.4 Unbefangenheit der Bewertungskommission
- 3.3 RECHTSNATUR DER BEWERTUNGSKOMMISSION
- 3.4 MÖGLICHE ANWENDUNGSBEREICHE FÜR EINE BEWERTUNGSKOMMISSION
  - 3.4.1 Subjektive Zuschlagskriterien als primäres Einsatzgebiet
  - 3.4.2 Bewertungskommission im Bestbieter- und Billigstbieterprinzip?
  - 3.4.3 In welchen Verfahren hat die Bewertungskommission besondere Bedeutung?
- 3.5 INNERE STRUKTUR DER BEWERTUNGSKOMMISSION
  - 3.5.1 Mitglieder der Bewertungskommission
  - 3.5.2 Größe der Bewertungskommission
  - 3.5.3 Wechsel von Mitglieder während eines laufenden Vergabeverfahrens
  - 3.5.4 Entscheidungsfindung der Bewertungskommission
  - 3.5.5 Offenlegung der inneren Struktur in Ausschreibungsunterlagen
  - 3.5.6 Weisungsrecht des AG & beamtete Kommissionsmitglieder
- 3.6 VORGEHENSWEISE UND BEWERTUNGSPROZESS DER BEWERTUNGSKOMMISSION
  - 3.6.1 Bewertung durch die Bewertungskommission
  - 3.6.2 Pflicht zur Objektivität der Bewertungskommission
  - 3.6.3 Bewertungskommission und Dokumentationspflicht
  - 3.6.4 Begründungspflicht der Kommissionsentscheidung
  - 3.6.5 Absolute Grenzen der Bewertungskommission
  - 3.6.6 Bewertungsprozess – Regelungen in den Ausschreibungsunterlagen
  - 3.6.7 Haftungsfragen im Zusammenhang mit Kommissionsmitgliedern

#### **KAPITEL - 4 CONCLUSIO**

- 4.1 ABSCHLUSS DER UNTERSUCHUNG
  - 4.1.1 Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse
  - 4.1.2 Beurteilung und Würdigung der Forschungsergebnisse
- 4.2 ABSCHLIESSENDE WORTE

#### **KAPITEL - 5 VERZEICHNISSE**

## **5. Zeit und Finanzierungsplan**

### **Wintersemester 2014/2015 (bereits absolviert)**

- VO Juristische Methodenlehre
- SE Judikatur- oder Textanalyse
- VO Europäisches Vergaberecht
- Studium einschlägiger Fachliteratur, finden des Dissertationsthemas sowie Literaturrecherche

### **Sommersemester 2015 (bereits absolviert)**

- Studium einschlägiger Fachliteratur sowie Literaturrecherche
- Erstellung Exposé

### **Wintersemester 2015/2016 (bereits absolviert)**

- SE Dissertantenseminar: SE Seminar aus öffentlichem Recht und Schnittstellen zum Europäischen Recht
- KU Europäisches und Österreichisches Vergaberecht
- Arbeit an der Dissertation bei regelmäßiger Rücksprache mit dem Dissertationsbetreuer

### **Sommersemester 2016 (geplant)**

- Aktualisierung Exposé (erledigt)
- SE im Dissertationsfach zur Vorstellung des Dissertationsvorhabens und Antrag auf Genehmigung des Dissertationsvorhabens

- Arbeit an der Dissertation bei regelmäßiger Rücksprache mit dem Dissertationsbetreuer

### **Wintersemester 2016/2017 (geplant)**

- SE Dissertantenseminar
- Teilnahme an themenverwandten Kursen oder Seminaren
- Arbeit an der Dissertation bei regelmäßiger Rücksprache mit dem Dissertationsbetreuer

### **Sommersemester 2017 (geplant)**

- Teilnahme an themenverwandten Kursen oder Seminaren
- Arbeit an der Dissertation bei regelmäßiger Rücksprache mit dem Dissertationsbetreuer

### **Wintersemester 2017/2018 (geplant)**

- Arbeit an der Dissertation, erste Rohfassung der Arbeit

### **Sommersemester 2018 (geplant)**

- Überarbeitung der Dissertation und Vornahme von Verbesserungen

### **Wintersemester 2018/2019 (geplant)**

- Abgabe der fertigen Arbeit
- Defensio

Da ich berufstätig bin, beabsichtige ich in den kommenden Semester soweit als möglich meine Dissertation voranzutreiben und allenfalls zusätzlich ein „Sabbatical“ zu konsumieren, um die erste Rohfassung möglichst in einem Zuge fertigzustellen.

Nennenswerte finanzielle Mittel zur Abfassung der Dissertation werden nicht benötigt.

## **6. Ausgewählte Literatur und Judikatur**

### **Kommentare**

- HEID SCHIEFER RECHTSANWÄLTE / PRESLMAYR RECHTSANWÄLTE (HRSG), Handbuch Vergaberecht, 2010<sup>3</sup>.  
CHRISTIAN FINK, OLIVER STURM, DIE EUROPÄISCHE RECHTSPRECHUNG ZUM VERGABERECHT. WIEN 2003.  
GAST GÜNTHER(HRSG), BVergG-Leitsatzkommentar. Wien 2010.  
JOHANNES SCHRAMM/JOSEF AICHER/MICHAEL FRUHMANN/RUDOLF THIENEL (HRSG), Kommentar BVergG. Wien 2006 (2009)<sup>2</sup>.  
MALTE MÜLLER-WREDE (HRSG), Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen - VOL/A: Kommentar. Köln 2013<sup>4</sup>.

### **Monographien, Hand- und Lehrbücher**

- DE KONINCK CONSTANT, PELZER WERNER, RONSE THIERRY. Europäisches Vergaberecht. 25 Jahre Rechtsprechung durch den Europäischen Gerichtshof. Wien 2009.  
EISNER CHRISTIAN, Die Bestandskraft im Vergabeverfahren. Absolute Geltung? Grenzen? Dissertation. Wien 2009.  
GRUBER-HIRSCHBRICH KATJA, Vergaberecht. Wien 2014<sup>5</sup>.  
HOLOUBEK MICHAEL, FUCHS CLAUDIA. Vergaberecht, Lehrbuch für Fortgeschrittene. Wien 2014<sup>4</sup>.  
JASPER UTE, MARX FRIDHELM (HRSG), Vergaberecht: Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A und B - VOB . Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A und B - VOL. Vergabeordnung für freiberufliche Dienstleistungen – VOF. Düsseldorf 2015<sup>17</sup>.  
KAUFMANN ANDREAS, SCHNABL KARIN, Vergaberecht in der Praxis, Grundlagen & Praxisbeispiele. Wien 2010<sup>3</sup>.  
KERSCHNER FERDINAND, Wissenschaftliche Arbeitstechnik und Methodenlehre für Juristen. Linz 2014<sup>6</sup>.  
KLINKMÜLLER SEVERIN, Die grenzüberschreitende gemeinsame Vergabe öffentlicher Aufträge. Wiesbaden 2014.  
SCHWEITZER MICHAEL, HUMMER WALDEMAR, OBWEXER WALTER. Europarecht. Das Recht der Europäischen Union. Wien 2007.  
STREIT GEORG, Das neue Vergaberecht Österreich. Loseblatt-Sammlung.  
WERSCHITZ OTTO, RAGOSSNIG ARMIN. Österreichisches Vergaberecht. Wien 2012<sup>3</sup>.  
WIMMER NORBERT, MÜLLER THOMAS. Wirtschaftsrecht. International – Europäisch – National. Innsbruck 2011<sup>2</sup>.

### **Wissenschaftliche Aufsätze**

- BREITENFELD MICHAEL, UVS Burgenland: Verbale Begründungspflicht für Zuschlagsentscheidungen, in: RPA 2005/5. S 304 – 306.  
ESSLETZBICHLER MANFRED, SCHNITZER JOHANNES S., Zeitpunkt des Vorliegens einer verbalen Begründung, in: ZVB 2009/7-8. S 219 – 224.  
ETLINGER MICHAEL, BVA: Fehlende Mindestanforderungen in Bewerbungsunterlagen verunmöglichen eine Nachvollziehbare Bewertung der Teilnahmeanträge, in: RPA 2008/1. S 33 – 36.  
ETLINGER MICHAEL, VwGH: Fehlen einer verbalen Begründung kann der Präklusion anheimfallen, in RPA 2009/2. S 79 – 81.  
ETLINGER MICHAEL, BVA: Fehlende Mindestanforderungen In Bewerbungsunterlagen Verunmöglichen Eine Nachvollziehbare Bewertung Der Teilnahmeanträge, in: RPA 2008/1. S 33 – 36.  
ETLINGER MICHAEL, Zur Rechtmäßigkeit einer fehlenden verbalen Beurteilung von Subkriterien: Eine Einzelfallentscheidung des VwGH?, In: RPA 009/2. S 73 – 75.  
FINK CHRISTIAN, BVA: Zur Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit müssen Unterkriterien und deren Gewichtung vorweg bekannt gegeben werden, in: RPA 2003/6. S 353 – 356.  
FINK CHRISTIAN, BVwG: Bewertendes Kommissionsmitglied muss beim zum bewertenden Bieterhearing nicht anwesend sein!?, in: VIL 2014/3. S 2 – 13.  
FINK CHRISTIAN, VwGH: Privatgutachten hat die Vergabekontrollbehörde auf gleicher fachlicher Ebene entgegenzutreten , in: VIL 2014/1. S 8 – 9.  
FINK CHRISTIAN, BVA: Notwendigkeit, ein neues Preisgericht zusammen zu stellen, stellt zumindest einen fakultativen Widerrufgrund dar, in: VIL 2011/1. S 10 – 11.  
FINK CHRISTIAN, BVA: Zuschlagskriterien müssen Von Durchschnittlich Fachkundigen Bietern In Gleicher Weise Ausgelegt Werden können, in RPA 2003/6. S 347 – 351.  
FRUHMANN MICHAEL, Das Vergaberegime des EG-Vertrags, in: ZVB 2006/10. S 261 ff.  
GAPPMAYER WOLFGANG, UVS Kärnten: Rechtswidrige Kommissionsbewertung, in RPA 2009/4. S 200 ff.  
GRASBÖCK REINHARD, Zu den Anforderungen an die Angebotsprüfung und insb zum Transparenzgebot, in: ZVB 2007/7-8, S 213 – 222.  
GRASBÖCK REINHARD, Glossierung zu BVA 17.8.2011, N/0062-BVA/06/2011-28, in: ZVB 2011/12. S 450 – 455.  
GRASBÖCK REINHARD, Transparenzfordernisse iZm Auswahlkriterien, in: ZVB 2013/11. S 410 – 414.  
GÖLLES HANS, Zuschlagsprinzip gemäß § 53 BVergG 1997 - Grundsätze für Zuschlagskriterien, in: ZVB 2002/5. S 158 ff.



- GÖTZL PHILIPP, Aspekte zu den Konkretisierungs-Erfordernissen Einer Ausschreibung, in: RPA 2006/1. S 6 – 16.
- GRUBER GEORG, GRUBER THOMAS, Wie weit geht die Begründungspflicht des AG bei der Zuschlagsentscheidung?, in: ZVB 2015/2. S 61 – 65.
- GRUBER GUNTHER, Glossierung zu VwGH 25.6.2003, 2001/04/0202, in: ZVB 2004/1. S 18 ff.
- GRUBER GUNTHER, EISNER CHRISTIAN, Glossierung zu VwGH 19.11.2008, 2007/04/0018, in: ZVB 2009/6. S 191 – 194.
- GRUBER GUNTHER, EISNER CHRISTIAN, Nachvollziehbare Bewertungsmethode?, in: ZVB 2009/11. S 318 – 321.
- GUTKNECHT BRIGITTE, Begriff des "Wettbewerbs", in: ZVB 2001/3. S 69.
- HACKL JOHANN, Bei Vergabeverfahren über nicht prioritäre Dienstleistungen ist insbesondere auf Transparenz, Gleichbehandlung und Selbstbindung zu achten, in: ZVB 2008/3. S 86 – 88.
- HARRER MARTINA, Bewertung von Teilnehmantragsunterlagen, in: RPA 2014/3. S 165 - 169.
- HAUNOLD THOMAS, Entscheidungen des Preisgerichtes im Architekturwettbewerb als anfechtbare vergaberechtliche Entscheidungen? Zur Zulässigkeit der Bewerberauswahl für ein Verhandlungsverfahren durch Beurteilung von "Bewerbsarbeiten". Parteistellung oder Beteiligtenstellung des erstgereihten Unternehmers im über Antrag eines anderen Unternehmers eingeleiteten Nachprüfungsverfahren?, in: ZVB 2001/4. S 115 ff.
- HEID STEPHAN (am Verfahren beteiligt), BVA: Zusammensetzung einer Bewertungskommission für komplexe Dienstleistungen, in: RPA 2013/3. S 169 – 171.
- HEID STEPHAN, DEUTSCHMANN DANIEL (am Verfahren beteiligt), Anforderungen an subjektive (nicht messbare) Zuschlagskriterien, in: RPA 2015/5. S 290 – 294.
- HEID STEPHAN / SCHIEFER MARTIN / FINK CHRISTIAN, Bewertungskommissionen im Vergaberecht, Teil I: Bewertungskommission für die Angebotsprüfung, in: VIL 2011/1. S 1 ff.
- HEID STEPHAN / SCHIEFER MARTIN / FINK CHRISTIAN, Bewertungskommissionen im Vergaberecht, Das Preisgericht im Wettbewerb, in: VIL 2011/1. S 2 ff.
- HEID STEPHAN / SCHIEFER MARTIN / FINK CHRISTIAN, Bewertungskommissionen im Vergaberecht, Teil II: Bewertungskommission bei der Auswahl und Zuschlagsprüfung, in: VIL 2011/2. S 1 ff.
- HEID STEPHAN / SCHIEFER MARTIN / FINK CHRISTIAN, Rechtsrahmen bei der Vergabe nicht prioritärer Dienstleistungen, in: VIL 2012/2. S 2 – 4.
- HEID STEPHAN / SCHIEFER MARTIN / FINK CHRISTIAN, Die Anonymität im Wettbewerb, in: VIL 2012/4. S 2 – 4.
- HELLMICH WALTER, VKS Wien, in: RPA 2002/5. S 301 – 306.
- HOFER KRISTINA, Anfechtungsfrist betreffend die mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe bereitgestellten Ausschreibungsunterlagen, in: ZVB 2007/4. S 123 – 125.
- HOFER KRISTINA, VwGH: Bewertung von Zuschlagskriterien muss derart festgelegt werden, dass eine nachträgliche Verschiebung der Gewichtung jedenfalls ausgeschlossen ist, in: RPA 2009/5. S 247 – 251.
- HUBER SANDRO (am Verfahren beteiligt), Kein Grundsatz der Unmittelbarkeit für die Kommissionsbewertung - ein Kommissionsmitglied muss für die Bewertung des Hearings nicht selbst daran teilgenommen haben, in: RPA 2014/3. S 170 – 172.
- JUDIKATUR/VERGABEWESSEN, VwGH 29. 10. 2008, 2005/04/0277, in: ZfV 2009/3. S 483.
- KESCHMANN FLORIAN, VwGH: Anforderungen an die Begründung der Zuschlagsentscheidung dürfen nicht überspannt werden, in: RPA 2013/5. S 266 – 268.
- KILLMANN BERND-ROLAND, Der Widerruf im Vergaberecht Anmerkungen zum Urteil des EuGH vom 16. 9. 1999, C-27/98, Metalmeccanica Fracasso S.p.A. und Leitschutz Handels- und Montage GmbH gegen Amt der Salzburger Landesregierung, in: ÖWZ 2001/1. S 7 ff.
- LATZENHOFER ALEXANDER, Glossierung zu BVA 30.9.2002, N-47/02-7, in: ZVB 2003/1. S 19 ff.
- LAUCHNER WOLFGANG, Zulässigkeit von Exklusivverhandlungen, in: ZVB 2013. S 16 ff.
- LEHNER BEATRIX, Die vergebene Punkteanzahl spricht für sich selbst, in: RPA 2014/3. S 149 – 152.
- LEHNER BEATRIX, Eine Begründung lässt sich nur aus den Zuschlagskriterien ableiten, in: RPA 2014/4. S 195 – 199.
- LEHNER BEATRIX, Weniger ist mehr? ... nicht im Vergabeverfahren, in: ZVB 2013/5. S 203 – 207.
- LESNIAK ILSE, Glossierung zu BVA 17.12.2004, 07N-115/04-30, in: ZVB 2005/3. S 78 ff.
- LEITNER MICHAEL, BVA: Rechtskonforme Jurybewertung, in: RPA 2010/3. S 141 – 145.
- MADL RAIMUND (am Verfahren beteiligt), VKS Wien: Wechsel in der Zusammensetzung einer Vergabejury ist nicht jedenfalls unzulässig, in: RPA 2012/3. S 171 – 178.
- MERL RENATE, Rechtsfolgen einer fehlenden oder unzureichenden Begründung der Zuschlagsentscheidung, in: RPA 2010/6. S 319 – 324.

- MENSENDORFF-POUILLY ALEXANDRA, SCHIEFER MARTIN, Die Suche nach dem besten Preis - der schnellste Weg führt nicht immer zum Erfolg. Ein Erfahrungsbericht zu Ausschreibungen im Gesundheitsbereich, in: RAP 2011/3. S 125 – 129.
- MOICK KARLHEINZ, PESENDORFER HANNES, SCHRAMM JOHANNES, VwGH zur Antragslegitimation beim Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung Kommission: "Praktischer Leitfaden zur Vermeidung der häufigsten Fehler bei der öffentlichen Auftragsvergabe" VwGH: Zur Ex-ante- Transparenzbekanntmachung, in: ZVB 2016/2. S 48 – 49.
- MÖSLINGER-GEHMAYR MARGIT, Glossierung zu BVA 12.5.2003, 02N-19/03-31, in: ZVB 2003/7-8. S 210 ff.
- MÖSLINGER-GEHMAYR MARGIT, Glossierung zu BVA 29.9.2003, 11F-29/00-23, in: ZVB 2003/12. S 339 ff.
- OBERZAUCHER SEBASTIAN (am Verfahren beteiligt), BVA: Gewichtung von bewertungsrelevanten "Parametern" bzw "Merkmalen" nicht erforderlich, in: 2012/1. S 18 – 24.
- OPPEL ALBERT, Der AG darf von seinen Festlegungen nicht abweichen, in: ZVB 2009/10. S 289 – 292.
- OPPEL ALBERT, HARTLIEB JULIA, STEINDL ANDREAS, Wien: Änderung des Wr VergaberechtsschutzG 2007 mit 1. 5. 2009 VwGH: Bewertung durch eine Kommission VwGH: Prüfpflicht der Nachprüfungsbehörden beim Befugnisnachweis, in: ZVB 2009/6. S 168.
- OPITZ MARC, Die Entwicklung des EG-Vergaberechts in den Jahren 2001 und 2002, in: RPA 2003/4. S 194 – 205.
- PALLITSCH PHILIPP, Beziehung von Sachverständigen zur Auslegung von Ausschreibungsbestimmungen, in: ZVB 2014/3. S 112 – 116.
- PACHNER FRANZ, Weitere Angebotsprüfung nach Bekanntgabe der Zuschlagsentscheidung, Glossierung zu EuG 10.12.2009, T-195/08, in: ZVB 2011/2. S 75 – 77.
- PACHNER FRANZ, SCHRAMM JOHANNES, MOICK KARLHEINZ, EuGH zu Grundstücksverkäufen der öffentlichen Hand BVA zu Anforderungen an das Fachwissen einer Jury VwGH zu Direktverrechnungsverträgen und zu offenkundiger Unzulässigkeit, in: ZVB 2010/5. S 180 ff.
- REISNER HUBERT, EuGH: Vorherige Bekanntgabe von Zuschlagskriterien bei nichtprioritären Dienstleistungen nicht erforderlich, in: RPA 2011/1. S 46 – 50.
- RINDLER PETRA, BVA: Strenge Anforderungen an Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsgründe für Zuschlagsentscheidung; Unzulässige nachträgliche Gewichtung von Zuschlagskriterien, in: RPA 2009/6. S 227 – 331.
- RPA-SLG, Nachprüfung der Bewertung von Arbeitsproben durch eine Jury, in: RPA 2014/2. S 23.
- RPA-SLG, Pflicht zur Begründung der Angebotsbewertung, in: RPA 2011/4. S 231 – 232.
- RPA-SLG, Keine neuerliche Beurteilung der Wettbewerbsarbeiten durch die Jury nach Aufhebung der Anonymität der Teilnehmer, in: RPA 2011/6. S 359 – 360.
- ROSENKRANZ SIGMUND, Glossierung zu BVA 23.11.2010, N/0087-BVA/14/2010-22, in: ZVB 2011/12. S 460 – 463.
- SAGMEISTER ADELHEID, Glossierung zu: VKS 12.7.2002, E 163/02 VKS 5.8.2002, E 163/02, in: ZVB 2002/11. S 310 ff.
- SALAMUN MICHAELA, Geltung der unionsrechtlichen Grundrechte bei der Vergabe von Aufträgen im Unterschwellenbereich zu EuGH 10.07.2014, Rs C-358/12, Consorzio Stabile Libor Lavori Pubblici, in: ZVB 2014/11. S 445 ff.
- SALAMUN MICHAELA, Angebotsbewertung durch Bewertungskommission, in: ZVB 2013/12. S 456 – 459.
- SCHNABL KARIN, Fragebogen ohne vorherige Ankündigung in Ausschreibung; Nachvollziehbarkeit der Bewertung, in: ZVB 2012/4. S 160 – 163.
- STANONIK DANIEL, BVA: Eine nicht ausreichend begründete Zuschlagsentscheidung führt auch bei nicht prioritären Dienstleistungen zu deren Nichtigerklärung, in: RPA 2011/6. S 348 – 352.
- ZOIDL VERONIKA, BVA: Die mit der Angebotsprüfung und -beurteilung befassten Mitarbeiter des Auftraggebers haben genauso unbefangen zu sein wie externe Sachverständige, in: RPA 2011/2. S 93 – 95.
- STIEFELMEYER JULIA, Glossierung zu BVA 2.3.2006, 04N-03/06-42, in: ZVB 2006/7-8. S 205 ff.
- WAGNER MARTIN, Glossierung zu VKS 14.1.2005, VKS-6768/04, VKS-6769/04, in: ZVB 2005/7-8. S 216 ff.
- WEINER MICHAEL, HARTLIEB-LAMPRECHTER JULIA, SCHRAMM JOHANNES, MITTERMAYR GUDRUN, EuGH: Keine öffentlich-öffentliche Partnerschaft bei Weitergabe von Reinigungsdienstleistungen OGH: Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung und AGB-Klauseln VKS Wien: Die Jury hat alles richtig gemacht, in: ZVB 2013/9. S 312 – 313.
- ZELLHOFER GEORG, Entfall der verbalen Begründungspflicht bei "subjektiv-autonomer" Bewertung, in: ZVB 2014/5. S 202 – 205.

## Judikatur

- |   |   |
|---|---|
| BESCHEID DES BVA VOM 05.08.2013, N/0071-BVA/04/2013-32. | BESCHEID DES BVA VOM 12.05.2009, N/0026-BVA/02/2009-15. |
| BESCHEID DES BVA 16.08.2012, N/0070-BVA/10/2012-39.     | BESCHEID DES BVA VOM 18.09.2008, F/0001-BVA/05/2008-60. |
| BESCHEID DES BVA VOM 11.10.2011, N/0074-BVA/11/2011-40. | BESCHEID DES BVA VOM 25.04.2008, N/0048-BVA/13/2008-6.  |
| BESCHEID DES BVA VOM 17.08.2011, N/0062-BVA/06/2011-28. | BESCHEID DES BVA VOM 16.04.2008, N/0029-BVA/09/2008-27. |
| BESCHEID DES BVA VOM 25.11.2009, N/0110-BVA/09/2009-28. | BESCHEID DES BVA VOM 21.07.2006, N/0049-BVA/15/2006-34. |

- BESCHEID DES BVA VOM 19.12.2006, N/0091-BVA/10/206-038.
- BESCHEID DES BVA VOM 11.07.2002, N-17/02-19.
- BESCHEID DES BVA VOM 17.08.2000, S-82/00-11.
- URTEIL DES BVWG vom 11.02.2014, W187 2000002-1/20E.
- URTEIL DES EUGH vom 10. Juli 2014, Consorzio Stabile Libor Lavori Pubblici gegen Comune di Milano, Rs C-358/12, noch nicht in Slg veröffentlicht.
- URTEIL DES EUGH vom 10. September 2013, IVD GmbH & Co. KG gegen Ärztekammer Westfalen-Lippe, Rs C-526/11.
- URTEIL DES EUGH 19. Dezember 2012, Azienda Sanitaria Locale di Lecce und Università del Salento gegen Ordine degli Ingegneri della Provincia di Lecce ua, Rs C-159/11, digitale Slg.
- URTEIL DES EUGH 20. Oktober 2005, Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen Französische Republik, Rs C-264/03, Slg 2005 I-08831.
- URTEIL DES EUGH vom 18. Oktober 2011, Kommission gegen Irland, Rs C-226/09, Slg 2010, I-11807.
- Urteil des EuGH vom 13. Oktober 2005, Parking Brixen GmbH gegen Gemeinde Brixen und Stadtwerke Brixen AG, Rs C-458/03, Slg 2005 I-08585.
- Urteil des EuGH vom 21. Juli 2005, Consorzio Aziende Metano (Coname) gegen Comune di Cingia de' Botti, Rs C-231/03, Slg 2005 I-07287.
- URTEIL DES EUGH vom 25. Februar 2003, Renco gegen Rat, Rs T-4/01, Slg. 2003, II- 171.
- URTEIL DES EUGH vom 14. Mai 2002, Kommission gegen Königreich Spanien, Rs C-214/00, Slg. 2003, I-4667.
- URTEIL DES EUGH vom 18. Oktober 2001, SIAC Construction Ltd gegen County Council of the County of Mayo, Rs C 19/00, Slg. 2002, I-7743.
- URTEIL DES EUGH vom 12. Dezember 2002, Universale-Bau AG und Bietergemeinschaft: Hinteregger & Söhne Bauges.mbH Salzburg, ÖSTÜ-STETTIN Hoch- und Tiefbau GmbH gegen Entsorgungsbetriebe Simmering GmbH, Rs C-470-/99, Slg. 2002, I-11617.
- URTEIL DES EUGH vom 07. Dezember 2000, Rs C-324/98, Telaustria Verlags GmbH und Telefonadress GmbH gegen Telekom Austria AG, Beteiligte: Herold Business Data AG, Slg 2000 I-10745.
- URTEIL DES EUGH vom 03. Oktober 2000, University of Cambridge Rs C-380/98, Slg 2000, I-8035.
- URTEIL DES EUGH vom 25. April 1996, Kommission gegen Königreich Belgien, Rs C-87/94, Wallonische Busse, Slg 1996, I-2043.
- URTEIL DES EUGH vom 22. Juni 1993, Kommission gegen Königreich Dänemark Rs C-243/89, Storebaelt, Slg 1993, I-3353.
- URTEIL DES EUGH vom 20. September 1988, XXX gegen XXX, Beentjes, Rs 31/87, Slg 1988, 4635.
- Urteil der EuGH vom 08. November 1978, Kommission gegen Denkvit Futtermittel, Rs 251/87, Slg 1979, 3369.
- Urteil des EuGH vom 03. Dezember 1974, Johannes Henricus Maria van Binsbergen gegen Bestuur van de Bedrijfsvereniging voor de Metaalnijverheid, Rs 33/74, Slg 1974 01299.
- Urteil des EuGH vom 21. Juni 1974, Reyners gegen Belgien, Rs 2/74, Slg. 1974, 631.
- URTEIL DES VWGH VOM 9.4.2013. 2001/04/0224.
- URTEIL DES VWGH 27.09.2000, 2000/04/050.
- URTEIL DES VWGH VOM 14.04.2011, 2008/04/0065.
- URTEIL DES VWGH VOM 22.04.2009, 2009/04/0081.
- URTEIL DES VWGH VOM 07.09.2009, 2007/04/0090.
- URTEIL DES VWGH VOM 03.09.2008, 2007/04/0017.
- URTEIL DES VWGH VOM 19.11.2008, 2007/04/0018.
- URTEIL DES VWGH VOM 27.06.2007, 2005/04/0234.
- URTEIL DES VWGH VOM 25.06.2008, 2006/04/0116.
- URTEIL DES VWGH VOM 13.06.2005, 2004/04/0090.
- URTEIL DES VWGH VOM 07.11.2005, 2003/04/0135.
- URTEIL DES VWGH VOM 15.09.2004, 2004/04/0054.
- URTEIL DES VWGH VOM 01.03.2004, 2004/04/0012.
- URTEIL DES VWGH VOM 27.09.2000, 2000/04/0051.
- BESCHEID DES VKS WIEN VOM 06.08.2013. VKS-522794/13.
- BESCHEID DES VKS WIEN VOM 12.03.2013. VKS-72946/13.
- BESCHEID DES VKS WIEN VOM 12.01.2012. VKS-11116/11.